



N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates am 14.11.2019

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 16:29 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Oberbürgermeister
Dr. Bernd Wiegand	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Rebecca Plassa	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Donatus Schmidt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
René Schnabel	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Olaf Schöder	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Johannes Menke	Stadtrat
Gernot Nette	Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier
René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Martin Heinz
René Simeonow
Marco Schreyer
Maik Stehle

Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters
Leiter Fachbereich Immobilien
amt. Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Hendrik Lange
Dr. Christoph Bergner
Christoph Bernstiel
Mario Schaaf
Andreas Scholtyssek
Johannes Streckenbach
Wolfgang Aldag
Dr. Inés Brock
Dr. Annette Kreuzfeldt
Johannes Ernst
Andreas Heinrich
Carsten Heym
Dörte Jacobi
Dr.med. Detlef Wend
Tom Wolter
Johannes Krause
Beate Gellert
Torsten Schaper

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Fraktion MitBürger & Die PARTEI
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

- Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) erfolgt zur gesamten Sondersitzung des Stadtrates vom 14.11.2019 ein Wortprotokoll. –

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Müller

Liebe Stadträtinnen und Stadträte, ich möchte Sie bitten Platz zu nehmen. Ich eröffne hiermit die Sitzung. Ich habe die Sitzung gemäß § 53, Absatz 4, Seite 5 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt form- und fristlos einberufen, da eine dringende Angelegenheit, die keinen Aufschub duldet, gegeben ist.

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 3. Juli 2019, Vorlagen-Nummer: VI/2019/05301, die Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat der Theater, Oper und Orchester GmbH vorgenommen. Am morgigen Freitag, den 15. November 2019, 14:00 Uhr, findet die erste Sitzung des Aufsichtsrates der TOOH nach der Kommunalwahl statt. Auf Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion Halle wurde Herr Donatus Schmidt in den Aufsichtsrat entsandt. Diese Entsendung des Stadtrates soll aufgrund der aktuellen Berichterstattung und der hierdurch gewonnenen neuen Erkenntnisse noch vor der Aufsichtsratssitzung der TOOH wirksam zurückgenommen werden.

Ich stelle zudem die Beschlussfähigkeit fest. Wir sind 33 anwesende Stadträtinnen und Stadträte, das sind 57,89 Prozent. Wir sind damit beschlussfähig.

zu 2 Rücknahme der Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes aus der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle Vorlage: VII/2019/00634

Frau Müller

Damit rufe ich TOP 2 auf. Rücknahme der Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes aus der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle. Hierzu übergebe ich das Wort an den Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Vielen Dank.

- Zwischenrufe -

Frau Müller

Gehen Sie mal bitte ans Mikrofon, Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Also, ich bin erstens mal irritiert über die Form der Einladung, ohne eine Vorlage. Jetzt legen Sie hier los. Wir haben nicht mal eine Tagesordnung beschlossen. Was machen wir jetzt hier? Bisschen reden oder?

Frau Müller

Eine Tagesordnung brauchen wir hier an der Stelle nicht beschließen. Die Vorlage ist meines Wissens im Session oder zumindest in den Fraktion angekommen. Ich würde dazu jetzt dem Oberbürgermeister das Wort geben.

Herr Bönisch

Die Vorlage ist nicht im Session eingestellt gewesen, als ich vor 20 Minuten zu Hause losgegangen bin.

Frau Müller

Sie ist per E-Mail versendet worden. Ich gebe jetzt dem Oberbürgermeister das Wort.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Vielen Dank. Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vorsitzende, der Stadtrat hat mit Beschluss vom 3. Juli 2019, Vorlagen-Nummer: VI/2019/05301, die Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat der Theater, Oper und Orchester GmbH vorgenommen. Der Stadtrat kann diese Entsendung gemäß § 131 Absatz 1 Satz 4 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt jederzeit zurücknehmen. Die vom Aufsichtsrat und vom Stadtrat in ein kommunales Unternehmen entsandten Vertreter sollen nach Paragraph 131 Absatz 1 Satz 3 KVG LSA über die jeweils notwendige wirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde verfügen. Damit wird deutlich gemacht, dass die Vertreter in den Organen der Gesellschaften Verantwortung, auch für die Geschäftspolitik tragen. Dies setzt zwangsläufig Kenntnisse über die Vielschichtigkeit wirtschaftlichen Handelns, einschließlich der fachlichen Qualifikation, das heißt rechtliche Kenntnisse des Grundgesetzes und der dort verankerten Grundrechte voraus. Zwingende Anforderung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist ferner das entsprechende Eintreten in Sprache und Handeln für die Werte des Grundgesetzes. Gerade für Vertreter in Aufsichtsratsgremien von überregional wahrgenommenen kommunalen Unternehmen. Übertragen auf die Theater, Oper und Orchester GmbH bedeutet Sachkunde somit, dass der Vertreter aufgrund seiner fachlichen Ausbildung und Erfahrung ausreichende Kenntnisse in den kulturellen Sparten Theater, Oper und Orchester besitzt. Darin innewohnt ist unter anderem keine Ressentiment im Hinblick auf bestimmte Bevölkerungsgruppen zu haben.

Der in den Aufsichtsrat entsandte Vertreter Donatus Schmidt hat nicht nur an einer antisemitischen Demonstration teilgenommen, in der die Teilnehmer ihre verfassungsfeindliche Einstellung durch Parolen wie: „Nie wieder Israel“ und „Wenn wir wollen, schlagen wir euch tot“ skandiert haben, sondern hat in einem nunmehr bekannt gewordenen Video antisemitistische Verschwörungstheorien verbreitet, indem er das jüdische Volk für die Terroranschläge im September 2001 auf das World Trade Center mitverantwortlich gemacht hat. Die Sendung, ZDF-Sendung, Frontal 21, hat einen Videomitschnitt dieser Veranstaltung veröffentlicht, auf der sich Herr Schmidt antisemitisch geäußert hat. Dort erklärt er zum Anschlag am 11. September 2001 in New York: Juden, die im World Trade Center gearbeitet hätten, seien vor dem Anschlag davor gewarnt worden. Auch die beiden Weltkriege seien auf dieselbe finanzstarke Macht im Hintergrund zurückzuführen, so Herr Schmidt in dem Video. Wörtlich heißt es: Man muss nur sehen, woher kommt das Geld, woher kommt die Macht, woher kommt die Steuerung.

Der AfD-Landesvorsitzende Martin Reichert hat daraufhin erklärt, dass diese Aussagen keinesfalls Parteilinie seien und dass der Landesvorstand in seiner nächsten Sitzung mit dem Fall sich befassen werde. Demgegenüber hat der Kreisvorstand, der AfD-Kreisvorstand, und auch Herr Schmidt, sich von diesen Aussagen distanziert. In den Äußerungen von Herrn Schmidt sind Ressentiment im Hinblick auf das jüdische Volk klar erkennbar. Aus Artikel 1 Absatz 2 des Grundgesetzes ergibt sich das klare Bekenntnis zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. Diese Werte sind von Herrn Schmidt verletzt worden. Somit mangelt es nach verfassungskonformer Auslegung unter Einbeziehung des Grundgesetzes an der Sachkunde von Herrn Schmidt.

Atypische Gründe, auf das Erfordernis der Sachkunde eines Vertreters zu verzichten, sind hier nicht ersichtlich. Ganz im Gegenteil. Das Grundgesetz erfordert diese Auslegung

geradezu. Der gesellschaftlich wichtige Aufsichtsrat der Theater, Oper und Orchester GmbH darf nicht von einer Person repräsentiert werden, die andere Menschen beleidigt, diffamiert und Ressentiments gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen schürt. Sprache und Handeln muss in allen Lebensbereichen, und gerade im kulturellen Leben, für die Werte des Grundgesetzes eintreten. Respekt und Toleranz hat Herr Schmidt damit vermissen lassen. Seine Abberufung aus dem Aufsichtsrat ist folgerichtig. Die Abberufung von Herrn Schmidt ist ein klares Zeichen aus der Stadt Halle gegen Hetze und Hass und für eine freiheitliche offene Gesellschaft. Ich bitte um entsprechende Beschlussfassung.

Frau Müller

Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Ich habe jetzt nichts gehört zur Begründung der Dringlichkeit der Sitzung.

Frau Müller

Herr Schreyer, bitte.

Herr Schreyer

Die Dringlichkeit der Sitzung war von der Vorsitzenden gleich zu Beginn eindringlich begründet worden.

Frau Müller

Okay, ich wiederhole das noch mal.

Ich habe die Sitzung gemäß § 53, Absatz 4, Seite 5 KVG Sachsen-Anhalt form- und fristlos einberufen, da eine dringende Angelegenheit, die keinen Aufschub duldet, gegeben ist. Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 3. Juli 2019, Vorlagen-Nummer: VI/2019/05301, die Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat der TOOH vorgenommen. Am morgigen Freitag, den 15. November 2019, 14:00 Uhr, findet die erste Sitzung des Aufsichtsrats der TOOH nach der Kommunalwahl statt. Auf Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion Halle wurde Herr Donatus Schmidt in den Aufsichtsrat entsandt. Diese Entsendung des Stadtrates soll aufgrund der aktuellen Berichterstattung und der hierdurch gewonnenen neuen Erkenntnisse noch vor der Aufsichtsratssitzung der TOOH wirksam zurückgenommen werden.

Ich hab noch eine Ergänzung. Unserer Beschlussfähigkeit ist natürlich geblieben. Sie hat sich nochmals verändert. Wir sind jetzt 39 anwesende Stadträtinnen und Stadträte, das sind 68,42 Prozent. Herr Schmidt.

Herr Schmidt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wenn ein solch starke Vorwurf gegen mich erhoben wird, aufgrund dieses Videos vom Jahr 2016, wo ich noch nicht politisch aktiv war, sondern Aktivist war und auch vieles noch nicht so verstanden habe wie heute und heute natürlich sehr viel mehr Erkenntnisgewinn dazugewonnen habe, denke ich mal, wäre es auch legitim, dass ich mich auch dazu äußere.

Also, zuallererst: Jeder der mich kennt, und in der Stadtbevölkerung bin ich durchaus bei vielen Menschen bekannt, weiß, dass ich kein Hass gegen keinen Menschen hege, sondern bestenfalls Handlungen einzelner Menschen, die nicht in Ordnung sind, hasse, wenn überhaupt. Aber Menschen hasse ich generell nicht. Ich bin auch kein Rassist. Egal, gegen welche Rasse, gegen welche Nationalität, gegen welche Ethnie, Volksgruppe, wie auch immer. Weil, das wäre eine Pauschalierung an der gesamten Menschengruppe, selbst wenn es einige Straftäter oder einige Menschen gäbe unter dieser Gruppe, die Verfehlungen sich haben zuschulden kommen lassen. Das leuchtet, glaube ich, jedem ein. Und, wenn es vielleicht, und zu der damaligen Zeit habe ich das so gesehen, der Geheimdienst, der

jüdische Geheimdienst Mossad vielleicht Verfehlungen begangen haben sollte, so glaubte ich, wäre das immer noch kein Antisemitismus. Denn dann würde diese Verurteilung dieser Handlungen auch nur dieser Gruppe unter diesen Menschen, nämlich diesen Geheimdienst, betreffen. Es wäre also an der Stelle schon dumm zu sagen, dass man alle Juden, das gesamte jüdische Volk dafür verantwortlich macht für die Straftaten einiger weniger. Das wäre so, wie als würde man das gesamte russische Volk für die Straftaten des KGB verurteilen. Das wäre natürlich dumm und es käme mir auch nie in den Sinn. Und so kommt mir auch das nicht in den Sinn.

Ich finde, also, das ist hier eine Hexenjagd, die hier stattfindet. Ich weiß sehr wohl, warum das so ist. Ich weiß sehr wohl, dass es politisch gewollt ist und ich weiß auch, dass diese Hexenjagd von einer bestimmten politischen Richtung ausgeht. Es war schon immer so, das Sozialismus braun, rot oder grün jetzt natürlich immer die politischen Gegner auf diese Art und Weise vernichten wollen. Aber sei's drum. Ich habe mich damals dazu hinreißen lassen, solche Äußerungen zu machen. Dazu stehe ich, das ist falsch, weiß ich heute. Und es ist auch völlig unerheblich. Aber wir wissen auch, dass es bestimmte finanzielle Kreise gibt, große, ja, die, die einfach wirklich keinen, die schert es einen Dreck, was mit dem Menschen passiert. Die sind nur an ihrem Profit interessiert. Und das sind keine Juden. Das sind Menschen aus allen möglichen Ländern, aus allen möglichen Nation. Und das war mir auch damals schon bewusst. Deswegen wäre mir eine pauschale Verurteilung niemals in den Sinn gekommen. Das muss man verstehen und das ist eigentlich eine urlinke, eine alte Linke Ansicht, das gerade dieses Großkapital ...

Frau Müller

Herr Schmidt, lassen Sie mich mal bitte. Herr Schmidt, auch Sie haben hier trotzdem eine Redezeit. Ich muss sie auch auf ihre Redezeit hinweisen, die ist abgelaufen.

Herr Schmidt

Ich kann mich nur entschuldigen für den Schaden, den ich an dem Ansehen der Stadt verursacht habe. Das war nicht in meinem Sinne, ich wollte immer nur im Sinne der Stadtbevölkerung arbeiten und ich hoffe, das wird mir, zumindest in der Öffentlichkeit, abgenommen. Ich ziehe meinen Posten in der TOOH als Aufsichtsratsmitglied zurück. Danke.

Frau Müller

Damit hätte sich der Antrag erledigt. Gibt es weiteren Redebedarf?

Wir müssen trotzdem über den Antrag abstimmen. Herr Dr. Meerheim wollten Sie noch was sagen, oder?

- Zwischenrufe -

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim, warten Sie mal bitte kurz. Herr Bönisch, ich möchte jetzt mal bitte um Ruhe hier im Saal bitten. Jetzt mal bitte keine Gefechte hier untereinander. Wir müssen das jetzt trotzdem zur Abstimmung bringen, diesen Antrag. Das soweit zur Klarstellung. Ich sammle jetzt noch weitere Redebeiträge ein. Herr Dr. Meerheim fängt an. Und ansonsten bitte keine Wortgefechte zwischen den Reihen hier. Danke. Herr Bönisch, Sie sind danach dran. Gut, vor Herrn Dr. Meerheim erst noch der Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich wollte es nur deutlich machen. Trotz dieser Erklärung, die Sie abgegeben haben, ist es zwingendes Recht des Stadtrates, dann formell noch diese Abberufung durchzuführen. Das wollte ich noch einmal ausdrücklich betonen.

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich danke Ihnen für Ihre Worte. Sie treffen voll zu. Wir teilen sie zu 100 Prozent, die Einschätzung, die sie vorgenommen haben. Und ich nehme es dem Aufsichtsratsmitglied der AfD nicht ab, dass er sich seit dieser Zeit geändert hat. Die Aussagen, die Sie getroffen haben, sind nicht nur drei Jahre alt, sondern Ihr Handeln ist jünger. Und wenn Sie Teilnehmer einer narzisstischen Demonstration in Berlin waren, dann zeigt das, und das ist noch nicht allzu lange her, zwei Monate, dass Ihre Ansichten sich in keiner Weise geändert haben, sondern sie haben bewusst in Kauf genommen, dort mitzugehen. Und wer dort mitgeht und für so klug halte ich Sie dann doch, weiß, was er tut und mit wem er sich dort gemein macht. Und die Losung, die dort gebrüllt wurden machen deutlich, wessen Geisteskinder die Leute sind, die an dieser Demonstration teilgenommen haben. Wer dort nicht teilnehmen wollte, der ist dort nicht hingegangen.

Wir würden es begrüßen, wenn der Stadtrat heute, den vom Oberbürgermeister vorgelegten Beschluss fassen würde, auch wenn jetzt der AfD-Mann seinen Rücktritt selbst erklärt hat, oder Nichtinanspruchnahme des Mandates erklärt hat. Und hoffen, dass die AfD-Fraktion ihre Lehren daraus zieht. Und nicht nur die Fraktion, sondern auch die Partei. Denn solche Eingeständnisse immer dann, wenn vielleicht die Not am größten ist, macht sie nicht ehrlicher, weil viele Ihrer Mitglieder genau das Denken, was Herr Schmidt im Jahr 2016 gesagt und in dem Video transportiert wurde. Und auch in dem Video, welches öffentlich einzusehen ist, bei der Demonstration in Berlin mit seiner Anwesenheit kundgetan hat.

Das macht bedrückend. Das macht auch Angst, das muss ich so ehrlich sagen, wenn Menschen so etwas äußern gegenüber Menschen, über Menschen. Und das ist nicht hinnehmbar. Das ist nicht aushaltbar. Und deswegen finde ich es gerechtfertigt, dass wir heute diesen Beschluss fassen. Ich danke Ihnen.

Frau Müller

Gibt es, Herr Bönisch?

Herr Bönisch

Das ist alles etwas seltsam, was heute hier abgeht. Wir kriegen eine Einladung ohne Vorlage. Jetzt liegt die Vorlage auf dem Tisch. Der Gegenstand der Vorlage ist eigentlich erledigt, weil der Herr Schmidt hat gerade erklärt, dass er sein Mandat dort niederlegt im Aufsichtsrat. Da haben wir eine Geschäftsordnung. Das ist eigentlich völlig normal, dass dann der Antrag zurückgezogen wird. Wir machen heute eine öffentliche Sitzung, obwohl es nicht um die Besetzung eines Aufsichtsrats, sondern um eine Person, um einen Menschen geht. Also, was soll das jetzt hier werden? Ich kann das ehrlich gesagt nicht verstehen. Und ich kann das auch nicht billigen. Wir schubsen alle unsere Regeln übereinander, schaffen Präzedenzfälle. Also, ich werde einfach aus Prinzip, aus diesem unsinnigen Prinzip, werde ich an dieser Abstimmung nicht teilnehmen.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Aufsichtsratsvorsitzende und der Oberbürgermeister, im Einvernehmen, haben diese Sitzung einberufen. Es besteht hier die Möglichkeit, form- fristgerecht in Eilfällen das zu tun. Diese Formalien sind allesamt eingehalten. Die Einberufung ist rechtmäßig. Die Beschlussfähigkeit ist hergestellt. Deshalb ist alles ordnungsgemäß.

Frau Müller
Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Es wäre gar nicht schlecht gewesen, wenn Sie auf meine Worte eingegangen wären und nicht bloß auf das, was Sie schon dreimal gesagt haben. Dadurch wird es nicht nachvollziehbarer, nicht plausibler. Eine dringliche Sitzung ist dann einzuberufen, nach allen Spielregeln, wenn es um ein nicht aufschiebbares Problem geht. Es wird jetzt hier so dargestellt, das wäre das so. Man hätte ganz locker auch die morgige Aufsichtsratssitzung absagen können und sagen: Jawohl, lassen wir den Stadtrat mal zusammenkommen, der kann dann entscheiden, frist- und formgerecht. Sie haben hier eine ganze Menge Leute bewegt, weil Sie sich das so überlegt haben. Es war nicht alternativlos. Man hätte auf diese Sitzung verzichten können und trotzdem das Ziel erreichen. Das will ich nur normal sagen. Also, mir kommt das alles hier, wie eine ziemliche Farce vor.

Frau Müller
Herr Schmidt.

Herr Schmidt

Herr Meerheim, ich weiß natürlich, dass Ihrer Fraktion das jetzt dient und dass Sie offenbar jetzt schon vor Freude Schaum vorm Mund haben müssen, weil das jetzt ein gefundenes Fressen für Sie ist. Meine Teilnahme an dieser Demonstration in Berlin war A dem geschuldet, dass ich erstens nicht wusste, was „Wir für Deutschland“ ist. „Wir für Deutschland“ ist, ich bin auch für Deutschland, ich bin Patriot und deswegen war das für mich kein Indiz dort nicht hinzugehen. Zum zweiten ist es der „Tag der deutschen Einheit“. Seit 2013 bin ich jeden 3. Oktober in Berlin und trete für mein Land ein. Das ist ein ganz normaler Vorgang für mich bis dahin gewesen. Dass dort Leute mitgelaufen sind, die ich selbst unappetitlich finde, das gebe ich gern zu. Es lässt sich auch nicht leugnen, hätte ich auch nicht geleugnet. Das war mir auch da sehr unangenehm. Aber wissen Sie was, Sie sagten, ich hätte jederzeit auch diese Veranstaltung verlassen können. Nein, das konnte man nicht. Und zwar dank der Freunde, Ihrer Freunde, der linksterroristischen Antifa, die nämlich rechts und links jede Gasse zugestellt hat, uns mit Steinen und was weiß ich beworfen haben, uns angepöbelt haben. Da konnte man die Veranstaltung nicht so einfach verlassen. Zum einen.

Zum anderen waren das ca. 2000 Leute, auch wenn Links-Grüne gerne jetzt schreiben von 1000, vielleicht noch reduzieren wollen auf noch weniger. Aber das kennen wir ja nun auch schon.

Frau Müller

Herr Schmidt, entschuldigen Sie mal bitte ganz kurz. Ich will sie nicht unterbrechen. Wir halten auch die Zeit an. Ich möchte mal bitten, dahinten in der Ecke, das Filmen zu unterlassen. Das ist hier nur der Presse gestattet. Ansonsten niemanden. Und gegebenenfalls das bitte auch löschen, was sie bis jetzt aufgenommen haben. Vielen Dank.
Herr Schmidt, weiter.

Herr Schmidt

Dankeschön. Also, ich hab tatsächlich, das schwöre ich bei allem, was mir heilig ist, ich habe von diesen Sprüchen nichts gehört. Da, wo wir liefen, wir waren umgeben wie gesagt, diese Gruppierungen haben sich dort auf dieser Demo auch untereinander aufgehalten. Das heißt, wir waren umgeben von unsresgleichen, normalen Bürgern aus der Mitte der Gesellschaft, die alle Deutschland-Fahnen trugen, die zum Teil damals 1989 schon auf der Straße waren. Ich habe sehr schöne Gespräche mit ganz gemäßigten Leuten geführt. Und diese anderen, ja, ich habe sie am Rande der Demo am Anfang gesehen. Und da war mir schon nicht wohl dabei. Aber die liefen ganz weit hinten oder einfach ganz woanders. Ich wusste nicht mal,

wo. Aber in meinem näheren Umfeld überhaupt nicht. Und deswegen konnte ich das auch erst aus der Presse entnehmen, was dort skandiert wurde. Und ich gebe Ihnen Recht, das, was dort skandiert wurde, ist unmöglich. Wir schlagen euch tot. Um Gottes Willen. Ich habe in all den Jahren, wo ich auf Demonstrationen Reden gehalten habe, immer für Mäßigung gestanden. Ich, meine größte Sorge ist, dass diese aufgeheizte Stimmung, die wir auch Ihnen und Ihren Fraktionen, den Linken und Grünen zu verdanken haben, dass das zu Mord und Totschlag eines Tages auf den Straßen führen wird. Dass wir Zustände haben werden, wie den Zwanzigern des letzten Jahrhunderts. Davor habe ich Angst. Und ganz ehrlich, bevor das passiert, verlasse ich lieber das Land. Denn ich neige nicht zur Gewalt. Ich habe mich im Leben noch nie geprügelt. Ich kann mich gar nicht verteidigen. Ich könnte mich gegen Gewalt, rohe Gewalt, gar nicht verteidigen. Verstehen Sie, was das, was das für mich bedeutet? Ein Rassist bin ich schon gar nicht. Ich bin mit einem Asiaten verheiratet. Das ist unglaublich, was Sie hier machen. Schämen Sie sich eigentlich überhaupt nicht?

Frau Müller

Herr Schmidt. Gut, wir stimmen jetzt über den Beschlussvorschlag ab. Also: Der Stadtrat beschließt, die Entsendung des Stadtrates Donatus Schmidt aus dem Aufsichtsrat der Theater, Oper und Orchester GmbH zurückzunehmen. Wer, Entschuldigung, Herr Sehrend.

Herr Sehrend

Sehr verehrte Frau Vorsitzende, ich beantrage im Namen der AfD-Fraktion namentliche Abstimmung.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich wollte an dieser Stelle nur noch mal deutlich machen. Aufgrund dessen, dass Herr Schmidt jetzt gesagt hat, er zieht zurück, ist das eine deklaratorische Entscheidung, die der Stadtrat treffen muss. Es ist keine Entscheidung in der Sache. Sie haben zurückgezogen. Wir müssen dieses bestätigen. Ich möchte es nochmals deutlich machen an der Stelle. Es ist nur die Ausführung jetzt, die Folge dessen, was Sie durch den Rücktritt auch bewirkt haben. Wir müssen das als Stadtrat bestätigen.

Frau Müller

Bleiben Sie bei der namentlichen Abstimmung? Gut, dann machen wir das so. Gut. Also, das ist jetzt sozusagen ein Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung. Diesem Geschäftsordnungsantrag müssen 20 Prozent der anwesenden Stadträtinnen und Stadträte zustimmen. Das heißt, wir stimmen jetzt nicht zuerst über die Beschlussvorlage ab, sondern wir stimmen jetzt erst darüber ab, ob wir namentlich abstimmen.

Deswegen frage ich, wer stimmt einer namentlichen Abstimmung zu, den bitte ich um das Karten- oder um das Handzeichen. Wir haben die Karten leider vergessen auszuteilen heute. Wer stimmt einer namentlichen Abstimmung zu? Vielen Dank. Die Gegenstimmen? Danke. Und die Stimmenthaltungen? Es haben nur fünf Stadträtinnen und Stadträte mit Ja gestimmt. Das heißt, die 20 Prozent sind nicht erreicht. Das heißt, es wird keine namentliche Abstimmung geben.

Wir gehen dann damit in die normale Abstimmung. Und ich frage jetzt noch einmal, wer dem Beschlussvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Die Gegenstimmen, bitte. Und die Stimmenthaltungen. Bei einer Gegenstimme und einigen Stimmenthaltungen ist der Beschlussvorschlag mehrheitlich so angenommen. Vielen Dank. Damit schließe ich die Sitzung.

zu 2 **Rücknahme der Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes aus der Theater,
Oper und Orchester GmbH Halle**
Vorlage: VII/2019/00634

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Entsendung des Stadtrates Donatus Schmidt (AfD-Fraktion) in den Aufsichtsrat der Theater, Oper und Orchester GmbH zurückzunehmen.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer